



1. Einleitung: Aufgabe und Ziele der Registerstelle

Das Register Spandau ist eine der zwölf Berliner Registerstellen und wurde 2014 beim Träger GIZ gGmbH eingerichtet. Alle Registerstellen werden vom Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (LADS) bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung finanziert und durch unterschiedliche Träger umgesetzt.

Aufgabe der Registerstellen ist das bezirkliche Monitoring mit Recherche, Erfassung, Dokumentation und Auswertung von extrem rechten, rassistischen, antisemitischen, LGBTQ*-feindlichen und anderen diskriminierenden Vorfällen. Ziel der Arbeit ist es, Betroffene zu stärken (Empowerment), Vorfälle sichtbar zu machen und die Öffentlichkeit, vor allem diejenigen, die selbst nicht betroffen sind, zu sensibilisieren. Gleichzeitig können die Auswertungen für Politiker*innen wie bezirkliche Akteur*innen eine Orientierung bei der Planung von Projekten sein, indem sie ortsteilgenau Entwicklungen im Bezirk aufzeigen.

Die Register recherchieren Vorfälle selbst, erhalten Meldungen von Betroffenen, Zeug*innen oder von bezirklichen Anlaufstellen sowie durch Kooperationspartner (ReachOut¹, RIAS Berlin², Amaro Foro mit DOSTA³ oder Each one Teach one (EOTO e.V.)⁴.

Anlaufstellen sind z.B. Beratungsstellen, Familienzentren oder andere Einrichtungen, die gut im jeweiligen Kiez oder Ortsteil vernetzt sind. Betroffene berichten lieber in vertrautem Kontext von ihren Diskriminierungserfahrungen, die dann mit Einverständnis der Betroffenen anonym an die Registerstelle weitergeleitet werden. Daher ist eine Aufgabe der Register die kontinuierliche Vernetzung im Bezirk, um weitere Anlaufstellen zu gewinnen, mehr Betroffene zu erreichen und das Dunkelfeld weiter zu erhellen.

1 <https://www.reachoutberlin.de>

2 <https://www.report-antisemitism.de/>

3 <https://amaroforo.de/projekte/dosta/>

4 <https://eoto-archiv.de/>

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN		DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus



Die gemeldeten oder recherchierten Vorfälle werden in der bezirklichen Chronik auf der Website der Berliner Register veröffentlicht (<https://berliner-register.de/register/spandau/vorfalls-chronik/>), ausgewertet und nach der jährlichen, berlinweiten Pressekonferenz in verschiedenen Gremien im Bezirk vorgestellt.

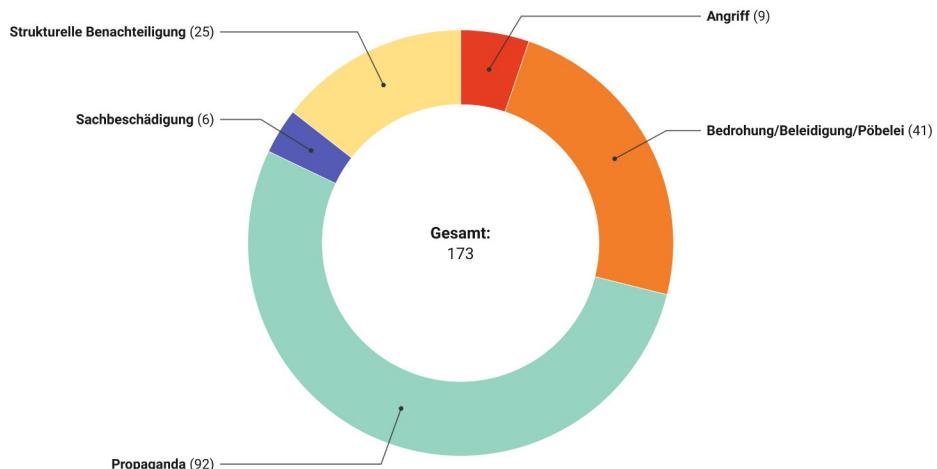
2. Auswertung der Chronik 2024

2.1 Anzahl und Art der Vorfälle 2024

2024 wurden für den Bezirk Spandau 173 Vorfälle erfasst (2023:102), was eine Steigerung um 70 Prozent darstellt. Dies lässt sich unter anderem mit einem erweiterten Netzwerk an Melder*innen erklären, die per Messenger-App schnell und einfach Vorfälle samt Fotos senden können.

Vorfälle nach Art

Spandau 2024



Source: Berliner Register • Created with Dataviewer

Gefördert durch



im Rahmen von





Mehr als die Hälfte aller Vorfälle und damit häufigste Vorfallsart 2024 machten *Propaganda*-Vorfälle aus, also extrem rechte, rassistische oder antisemitische Sticker, Sprühereien oder Flyer (2024:92; 2023:36). Propaganda war in Spandau auch im Jahr 2023 häufigster Vorfall, aber der Abstand zu den übrigen Vorfallsarten war relativ gering. 2024 entfielen auf Propaganda 20 Prozent mehr Vorfälle als auf die zweithäufigste Vorfallsart, nämlich *Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbelei*, die 24 Prozent (41 Vorfälle) der dokumentierten Vorfälle ausmachte, was ihrem Anteil von 2023 entspricht.

Der Nahost-Konflikt hat in Spandau zu einem verstärkten Verkleben von Stickern mit diesem Bezug geführt, die dokumentiert wurden, wenn sie antisemitische Inhalte verbreiteten, z.B. die Absprache des Existenzrechts Israels.

Die dritthäufigste Vorfallsart war – wie im Vorjahr – *strukturelle Benachteiligung*, allerdings ist der Anteil deutlich von 24 auf 14 Prozent gesunken. Unter *strukturellen Benachteiligungen* verstehen die Register Diskriminierungen durch Behörden und Institutionen, wie Bildungseinrichtungen, oder dem Jobcenter. Hier muss von einem großen Dunkelfeld ausgegangen werden, da Betroffene abhängig von bspw. Lehrkräften, Sachbearbeiter*innen oder Arbeitgeber*innen sind und Vorfälle oft nicht melden, um keine Nachteile zu erleiden. In den Vorfallsbeschreibungen werden solche Vorfälle deshalb besonders stark anonymisiert, damit keine Rückschlüsse auf Personen möglich sind. Solche Vorfälle sind dann keinem Ortsteil zugeordnet und fallen unter die 28 bezirksweiten Vorfälle für 2024 (16 %). Die Registerstellen erhalten solche Vorfälle bereits stark anonymisiert von (berlinweiten) Kooperationspartner*innen.

Rassistischer Vorfall im Jobcenter Spandau

04.01.2024

Eine Schwarze Frau nahm in Absprache mit dem Sachbearbeiter vom Jobcenter an einem Alphabetisierungskurs teil, da sie in ihrem Herkunftsland nicht lesen und schreiben lernen durfte. Bei einem Termin im Jobcenter wurde sie aber vom gleichen Sachbearbeiter aufgefordert, sich Arbeit zu suchen. Ihr wurde angedroht, das Bürgergeld komplett zu streichen, sollte sie bis April keine Arbeit gefunden haben. Außerdem äußerte der Sachbearbeiter: "Wenn Sie nicht arbeiten wollen, dann gehen Sie zurück in Ihr Land!" (Datum anonymisiert)

Gefördert durch



Senatsverwaltung
für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung

im Rahmen von



Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus



In Spandau fanden 2024 9 Angriffe statt, 7 Angriffe waren rassistisch motiviert, 2 richteten sich gegen queere Personen. In Spandau gibt es nur wenige Beratungsangebote für diese Zielgruppe, so dass die Registerstellen von Angriffen gegen queere Menschen vor allem aus den Pressemeldungen der Polizei erfahren. Da körperliche Gewalt im Gegensatz zu Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien häufiger angezeigt werden, ist von einem Dunkelfeld der verbalen Angriffe auszugehen. Ein Angriff betraf eine minderjährige Person. Die Angriffszahlen sind 2024 deutlich zurückgegangen (2024: 5 %; 2023 14 %), während Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien, die häufig im Kontext bzw. Vorfeld von Angriffen auftreten, auf gleichem Niveau geblieben sind.

Homofeindliche Beleidigung und Angriff im Ortsteil Staaken

19.05.2024

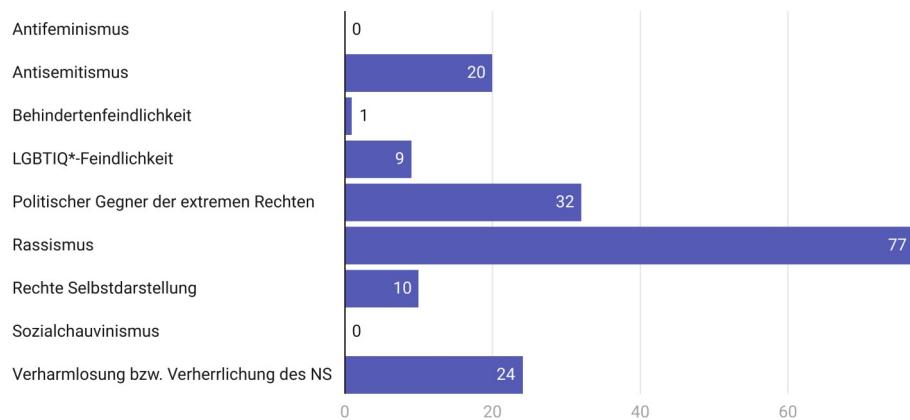
Zwei junge Männer wurden zunächst aus einer Gruppe heraus homofeindlich beleidigt und in der Folge von zwei unbekannten Tätern mit Reizgas und einem Faustschlag angegriffen.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1050 vom 20.05.2024

2.2 Motive der Vorfälle 2024

Vorfälle nach Motiv

Spandau 2024



Gesamt: 173

Source: Berliner Register • Created with Datawrapper

Gefördert durch



im Rahmen von





Rassismus stellt mit 45 Prozent das häufigste Motiv aller Vorfälle dar (2024: 77 Vorfälle von 173). Hier zeigt sich eine Kontinuität seit Einrichtung der Registerstelle Spandau (2014), allerdings lagen die Zahlen 2023 höher (2023: 60 Vorfälle von 102; 59 %). Die Berliner Register unterscheiden, sofern es sich aus dem Vorfall erschließen lässt, anti-Schwarzen Rassismus, antimuslimischen Rassismus und Antiziganismus. 2024 wurden weniger Vorfälle von anti-Schwarzem Rassismus dokumentiert, was sich mit der engeren Vernetzung im Bereich Schule und Integrationskurse im Jahr 2023 erklären lässt, die 2024 nicht fortgesetzt werden konnte. Vorfälle von Antiziganismus bewegen sich nach wie vor auf niedrigem Niveau (2 %), was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass solche Vorfälle fast nie von den Betroffenen selbst gemeldet werden, sondern von Begleitpersonen oder Berater*innen und daher vor allem auf strukturelle Benachteiligungen entfallen.

Ein deutlicher Anstieg zeigt sich beim Motiv NS-Verherrlichung bzw. -Verharmlosung (2024: 24 Vorfälle; 14 %; 2023: 5 Vorfälle von 102; 5 %). NS-Symbole waren auf Stickern oder auf Kleidung zu sehen und Hakenkreuze oder SS-Runen wurden in verschiedenen Ortsteilen auf Wände gesprüht oder gemalt oder der Hitlergruß wurde öffentlich gezeigt. Besonders hervorzuheben sind die regelmäßig wiederkehrenden Vorfälle in einem Hochhaus in Staaken. Hier wurden Hakenkreuze und NS-Runen, aber auch antisemitische Beleidigungen an die Wände der Fahrstühle gemalt bzw. geritzt. Die Vorfälle wurden regelmäßig bei der Polizei gemeldet. Die Meldung bei der Wohnungsgesellschaft führte zur sofortigen Beseitigungen der Schmierereien. Trotzdem konnte diese Serie bisher nicht gestoppt werden.

Auch bei Vorfällen, die gegen den politischen Gegner der extremen Rechten gerichtet waren, lässt sich ein deutlicher Anstieg feststellen (2024: 32; 2023: 7 Vorfälle). Dabei kam es zu 5 Bedrohungen bzw. Beleidigungen, die restlichen Vorfälle entfielen auf Propaganda. Insgesamt zeigte sich bei der häufigsten Vorfallsart Propaganda ein starker Anstieg der Vorfälle gegen den politischen Gegner (2024: 30 %; 2023: 16 %), während die rassistische Propaganda abnahm (2024: 18 %; 2023: 30 %). Auch antisemitische Propaganda, vor allem Sticker, wurden etwas häufiger dokumentiert (2024: 11 %; 2023: 8 %). Insgesamt umfassten antisemitisch motivierte Vorfälle neben Propaganda auch Sachbeschädigungen (5 Vorfälle) an jüdischen Gedenkorten, z.B. setzten sich die mehrfachen Schmierereien am Mahnmal Lindenufer 2024 fort: So wurde das Mahnmal im

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN		DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus



August 2024 durch das rote "Hamas-Dreieck" markiert und im Jahresverlauf mit Sprühereien beschmiert. Dazu kam die Beschädigung nach der versuchten Entfernung eines Stolpersteins am Lindenauer sowie die Zerstörung von Plakaten mit den Bildern der von der Hamas entführten Geiseln im Wröhmännerpark.

Neben der Vergrößerung des Melder*innen-Netzwerks kann aus dem Anstieg der Propaganda-Vorfälle und ihren Motiven auch auf eine vermehrte Aktivität der extremen Rechten geschlossen werden, die vor allem hoch frequentierte Straßenzüge und Parks für ihre Propaganda nutzte, wobei es sich um sehr unterschiedliche Sticker handelte, die sich nicht vorrangig einer bestimmten Partei oder Gruppierung zuordnen ließen.

Fast alle erfassten strukturellen Benachteiligungen waren rassistisch motiviert (24 von 25; 96 %), was gegenüber 2023 einen leichten Anstieg (2023: 22 von 24; 91%) darstellt. Da diese Vorfälle nicht öffentlich stattfinden und von Betroffenen aus Angst vor Nachteilen selten gemeldet werden, ist hier von einem großen Dunkelfeld auszugehen.

2.3 **"Ortsteile" und "Tatorte" der Vorfälle 2024**

Fast 60 Prozent aller erfassten Vorfälle in Spandau wurden aus dem gleichnamigen Ortsteil dokumentiert. Zwar betrafen auch in den Vorjahren die meisten Meldungen den Ortsteil Spandau, allerdings mit einem Anteil von höchstens 40 Prozent. Der Anstieg lässt sich zum einen mit neuen Melder*innen erklären, die wie viele Spandauer*innen häufig in diesem Ortsteil unterwegs sind, die dort fast täglich Sticker sehen und melden und so das Dunkelfeld verkleinern.

Die Häufung lässt sich außerdem mit der zentralen Bedeutung dieses Ortsteils erklären: Hier befinden sich neben dem Fern-, Regional- und S-Bahnhof die Haltestellen sämtlicher Buslinien Spandas und das Rathaus mit dem Bürgeramt, außerdem viele Behörden wie Jobcenter, Sozialamt und Gesundheitsamt. Am Werner-Salomon-Platz vor dem Rathaus beginnt die größte Fußgängerzone Berlins, die den Marktplatz und die angrenzende Straßen der Altstadt umfasst und stark frequentiert ist. Wo viele Menschen einander begegnen, umsteigen oder Behördengänge und Arztbesuche erledigen, treten Beleidigungen, körperliche Angriffe oder strukturelle Benachteiligungen häufiger auf. Die Fußgängerzone wird für Info-Tische und Veranstaltungen

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN		DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus



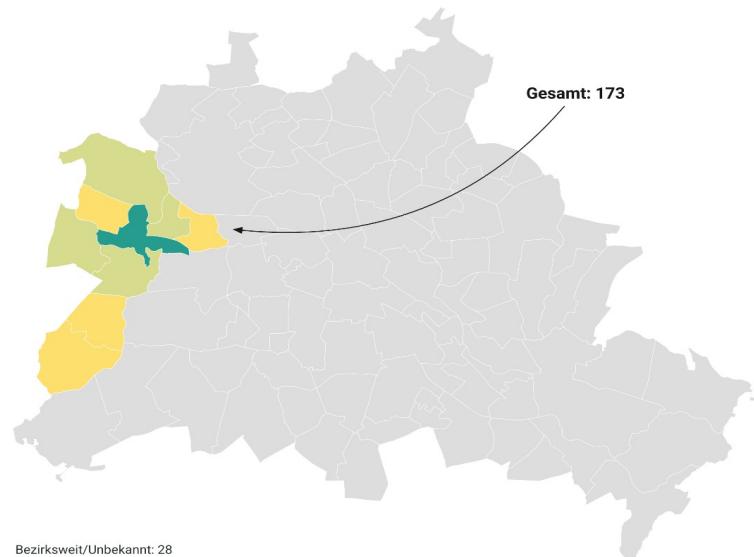
genutzt, und Sticker der extremen Rechten finden sich hier gehäuft. Auch die meisten jüdischen Gedenkorte (Mahnmal, Stolpersteine, Gedenktafeln) befinden sich in diesem Ortsteil, die 2024 mit 5 Sachbeschädigungen betroffen waren.

Auch von einer größeren Aktivität der extremen Rechten ist auszugehen, wie der Anstieg der gegen den politischen Gegner gerichteten Propaganda-Vorfälle zeigt, allerdings ohne dass sich dies auf eine bestimmte Partei oder Gruppierung zurückführen ließe.

Die übrigen Vorfälle verteilten sich in einer Größenordnung von 2 bis 11 Vorfällen auf sieben Ortsteile. **Aus Ortsteilen mit aktiven Anlaufstellen wurden mehr Vorfälle gemeldet als aus anderen, wie z.B. Haselhorst.** Mit der Stadtteilarbeit Siemensstadt konnte in diesem Ortsteil 2024 die erste Anlaufstelle für das Register Spandau eingerichtet werden. Bisher wurden allerdings noch keine Vorfälle aus diesem Ortsteil gemeldet. In Haselhorst, wie Siemensstadt ein Ortsteil mit nur wenigen sozialen Einrichtungen oder Beratungsstellen, gibt es bisher keine Anlaufstelle. Die Meldungen aus Haselhorst sind daher ausschließlich engagierten Einzelmelder*innen zu verdanken.

Verteilung der Vorfälle im Bezirk Spandau

Vorfälle je Ortsteil/Bezirksregion im Jahr 2024
5 25 50 75 100 125 150 175 200



Gefördert durch

BERLIN



im Rahmen von

DEMOKRATIE.
VIELFALT.
RESPEKT.

Senatsverwaltung
für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung

Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus



Die übrigen erfassten Vorfälle sind entweder aus dem Internet recherchiert (3) oder keinem Ortsteil zugeordnet (28), um die betroffenen Personen zu schützen. Dabei handelt es sich vor allem um antisemitische Vorfälle und um strukturelle Benachteiligungen, die von Kooperationspartner*innen der Berliner Register gemeldet werden.

70 Prozent der Propaganda-Vorfälle (67 von 92 Propaganda-Vorfällen, hauptsächlich Sticker) entfielen auf den Ortsteil Spandau, auf die übrigen sieben Ortsteile (ohne Siemensstadt) entfielen nur 1 bis 7 Vorfälle dieser Kategorie.

Die beliebteste Stickerstrecke in Spandau ist die Fußgängerzone vom Rathaus bis zum Marktplatz. Dazu kamen gehäuft Sticker im Wröhmännerpark mit Nahost-Bezug und extrem rechte Sticker entlang der Wilhelmstraße. Ein weiterer Schwerpunkt sind die Straßen rund um den Bahnhof Stresow bzw. den S-Bahnhof Spandau (Ortsteil Spandau).

Vorfälle wie Angriffe und Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien finden überwiegend im öffentlichen Raum bzw. öffentlichen Nahverkehr statt, aber zunehmend auch im Wohnumfeld der Betroffenen, was zu einem verstärkten Bedrohungsgefühl führen kann. Während der öffentliche Raum eine gewisse Anonymität für die Täter*innen bietet, sind die Orte struktureller Benachteiligungen von einem Machtgefälle zum Nachteil der Betroffenen und oft durch die Abwesenheit von Zeug*innen gekennzeichnet.

Gefördert durch



im Rahmen von





Zusammenfassung

In Spandau konnten 2024 deutlich mehr Vorfälle dokumentiert werden als in den Vorjahren, was sich mit einer verbesserten Melder*innenstruktur sowie vermehrter Propaganda-Aktivität der extremen Rechten erklären lässt. Propaganda war daher auch die mit Abstand häufigste Vorfallsart und hauptsächlich gegen den politischen Gegner der extremen Rechten gerichtet, dicht gefolgt von NS-Verharmlosung bzw. -Verherrlichung. Wie in den Vorjahren stellte Rassismus das häufigste Motiv aller Vorfälle dar und war vor allem bei Angriffen, Bedrohungen und Beleidigungen sowie den strukturellen Benachteiligungen vorherrschend. Aus dem Ortsteil Spandau, dem Zentrum des Bezirks, wurden die meisten Vorfälle gemeldet, was sich neben der Struktur (Behörden, Bürgeramt) auch mit dem Bahnhof als Verkehrsknotenpunkt in die Innenstadt bzw. ins Umland und der stark frequentierten Fußgängerzone mit Marktplatz und Rathausvorplatz (Werner-Salomon-Platz) erklären lässt. Propaganda wurde von unterschiedlichen Akteur*innen überwiegend im Ortsteil Spandau in Form von Stickern geklebt, um größtmögliche Sichtbarkeit und die wirkungsvollste Besetzung des öffentlichen Raums zu erreichen.

Gefördert durch



im Rahmen von

